

Liebe Seniorinnen,
liebe Senioren,
die Zeiten haben sich geändert und sie ändern sich weiter. Vor 50 Jahren war eine 49 Stunden-Woche normal und es gab 12 Tage Urlaub im Jahr. Es ist ein Verdienst der Gewerkschaften, dass das heute anders ist. Viele Gewerkschafter haben dafür gestritten, sind diesen Weg mitgegangen und für sie ist es selbstverständlich, der Organisation, der dieser Fortschritt zu verdanken ist, auch treu zu bleiben. Aber damit haben die Gewerkschaften ein Problem.



Während 1950 die Lebenserwartung bei 65 Jahren lag und in den Gewerkschaften in gewisser Weise keine Älteren vorkamen, ist das heute wesentlich anders. Heute liegt die Lebenserwartung bei rund 80 Jahren und in den Bundesländern gibt es bis zu 33 % Ältere in den Gewerkschaften. Es sind 1,3 Mio. Mitglieder der DGB-Gewerkschaften, die Versorgungs-

empfänger sind. Die Gewerkschaften sind auf diese Mitglieder angewiesen, aber sie wissen (noch) nicht so recht, wie sie mit ihnen umgehen sollen.

„In unserem Alter“ heißt die Sendung jeden Samstagmorgen im WDR 4. Eine Sendung für alle Hörer über 50. Auch für jüngere Menschen gibt die Sendung wertvolle Anregungen, wenn es um soziale Fragen der älteren Generation geht. Am 30. April hieß das Thema: „Politik statt Butterfahrt – Die Gewerkschaft und ihre Senioren.“ Dazu wurde auch ich interviewt.

In der Sendung wurde klar: Natürlich geht es den Älteren auch um Vorsorgefragen, Patientenverfügung und Geselligkeit. Aber nicht nur darum. Eine solidarische und soziale Gesellschaft ist noch nicht erreicht. Daran wollen sie mitarbeiten. Die Älteren wissen: Wer aktiv die Gesellschaft mitgestalten will, kann das nur mit und in einer Organisation.

Den Senioren in den Gewerkschaften wird es nicht immer leicht gemacht. In einigen Satzungen ist festgeschrieben, dass Senioren nicht in bestimmte Funktionen gewählt werden dürfen. Dies wird als altersdiskriminierend gewertet. In anderen Satzungen ist das wiederum völlig klar,

dass Senioren auch im Geschäftsführenden Landesvorstand mitarbeiten.

Prof. Kruse, Vorsitzender der Altersberichtscommission, wies in diesen Tagen bei der GEW-Tagung (Erziehung und Wissenschaft) „Altersbilder aktiv gestalten – Alter sozial absichern“ in Hannover u.a. darauf hin, dass 2040 der Anteil der Menschen, die über 65 sind, in Deutschland rund 36 Prozent betragen werde. Altern unterliege dem kulturellen Wandel und sei als Aufgabe zu verstehen. „Wer sich nicht um die Älteren kümmert, hat als Organisation und Gesellschaft verloren.“ Innovationskraft, Wissenssysteme, Handlungsstrategien als Humanvermögen seien der Reichtum der Älteren.

Auch die Gewerkschaften stehen jetzt vor der Aufgabe, die Interessen der Jüngeren und Älteren in Balance zu bringen. In einigen Landesbezirken sind die Senioren in Vorstandsarbeit konkret verantwortlich eingebunden. Dieser Weg ist weiter zu beschreiten.

Wenn das Grundsatzprogramm und die Satzung der GdP in nächster Zeit neu geschrieben werden, bringen sich die Senioren ganz sicher mit ihrer Lebenserfahrung mit ein. „Wir übernehmen Verantwortung“ ist ein Motto, das wir leben.

Anton Wiemers,
Bundesseniorenvorsitzender

„BEAMTE – PENSIONEN – STAATSBANKROTT – GdP“

Immer wieder ein dankbares Thema für populistische Stimmungsmache. Da wird unsachlich verkürzt, falsch gegenübergestellt, maßlos übertrieben oder absichtlich weggelassen – gerade so, wie es momentan am besten passt.

Ich erinnere mich noch gut, als ich mit 18 Jahren zur Polizei ging. Was musste ich mir da anhören: „Spinnst du, du verdienst ja nichts, du musst für Andere den Kopf hinhalten, hast keine Rechte, musst dir alles gefallen lassen, wirst versetzt und aus deinem sozialen Gefüge herausgerissen“.

Es stimmte alles, was mir vorhergesagt wurde und es war keine einfache Zeit, finanziell wie auch sozial. Ich leistete eigentlich schon in jungen Jahren meinen Beitrag für eine funktionierende Gesellschaft. Aber warum geht man denn heute so auf uns los?

Wir werden als Abzocker und Profiteure hingestellt, die keinen Cent für ihre Altersversorgung zahlten, Privilegien haben und größtenteils faul sind. Wenn das so weitergeht, ist die zunehmende Last der Pensionen vom Steuerzahler kaum noch zu tragen. Das parteiübergreifende lang andauernde Versäumnis einer Rücklagenbildung rächt sich jetzt bitter.

Man versucht ganz einfach abzulenken von den politischen Fehlentscheidungen (Bankenkrise) und schiebt den „Schwarzen Peter“ den Beamten zu, die, wenn es halbwegs fair zugehen sollte, mindestens bis 68 Jahre arbeiten müssten (Experte Raffelhüschen).

Kein Ton von der längst überfälligen Angleichung an die Gehaltsstruktur der freien Wirtschaft. Dann könnten wir auch

locker ohne Verluste in eine Pensionskasse zahlen.

Dass unsere Pensionen voll versteuert werden, wir hohe Krankenkassenbeiträge zu zahlen haben, Nullrunden immer häufiger werden, Beihilfe und Sonderzahlungen immer weniger werden (z. B. Absenkung der Einstiegsbezüge, Jubiläumsgeld, Reisekosten, das Weihnachts-/Urlaubsgeld) und seit der Wiedervereinigung sämtliche Regelungen und Reformen des Rentenrechts wirkungsgleich auf die Beamten übertragen wurden, wird großzügig übersehen. Ebenso die 0,2 Prozent von Besoldungs- und Pensionserhöhungen zum Aufbau einer kapitalgedeckten Rücklage (momentan wieder ausgesetzt). Und das Verhältnis von Pensionsanspruch und Steueraufkommen ist seit Jahrzehnten stabil bei

ca. 10 %.

Sollte man den Hebel nicht einmal bei Managern, Steuerflüchtlingen, Spitzensportlern, Filmgrößen oder Volksvertretern ansetzen? Nicht zu vergessen die ständig angemahnten Steuermittelverschwendungen. Müssen wir bundesweit so viele Gemeinderäte, Stadträte, Bezirksräte, MdL, MdB, entlassene Politiker und Spitzenbeamte bezahlen?

Am meisten hinkt aber die ständige gegenseitige Aufrechnung von Pensionen und Renten. Zwei Systeme, die überhaupt nicht vergleichbar sind. Die Beamtenversorgung ist eine amtsangemessene Vollversorgung, was die Rente nicht ist. Deswegen hier ein ausgeklügeltes System von Betriebs- und Zusatzrenten.

Besonders schlimm wird es bei der Publizierung der Durchschnittswerte. Bei den Beamten sucht man sich meistens einen höheren Beamten (ab A 13) mit hohem Bildungsniveau und Bildungsabschlüssen heraus, und bei den Rentnern mischt man alles durcheinander, vom Geringverdiener bis zum Hartz IV-Empfänger. Und damit es wirklich „stimmig“ wird, lässt man noch die Gutverdiener der freien Wirtschaft weg, die über der Beitragsbemessungsgrenze liegen.

Ich frage mich nur, warum die Öffentlichkeit immer dann nach Beamten schreit, wenn etwas schief läuft (z. B. staatl. Bankenaufsicht) und sie verteufelt, wenn es gut geht (Abzocker, Profiteure). Das Gefährliche ist, wenn man zu oft mit Halbwahrheiten arbeitet, dass dann fast immer die falsche Hälfte geglaubt wird.

Und ob mit der „Trennung der Systeme“ der große Wurf gelingt, mit Vorurteilen aufgeräumt wird und sich die Sache beruhigt, bezweifle ich stark.

Die einzig realistische Lösung wird die Abspeckung des Beamtenapparates in bestimmten Bereichen sein. Und dort, wo es am wenigsten passt, reduziert man bereits fleißig: Polizei und Bundeswehr, Justiz und Steuern.

Eine Frage darf aber mal erlaubt sein, ohne gleich ein Rechtspopulist zu sein. Während der Staat ohne Skrupel seine treuen Diener als Geldquelle anzapft, scheut er sich, die Kosten für die durchaus wichtige Integrationspolitik offen zu legen. Ich denke hier besonders an die Bereiche Soziales, Sicherheit, Verteidigung (Deutschland wird ja am Hindukusch verteidigt), Bildung und Gesundheit. Im Computerzeitalter müsste diese ressortübergreifende Rechnung doch leicht zu machen sein. Oder will man bewusst nicht?

Liebe Kollegen/innen, ihr seht schon,

es gibt viele Schnittmengen von Beamten und Beschäftigten, Rentnern und Pensionären. Der Staat schenkt uns nichts. Und wir sollten uns nicht nur mit befristeten Stichtagsregelungen zufrieden geben, sondern die erreichten Standards auf Dauer halten.

Und dazu braucht man starke Gewerkschaften. Nur so können wir Einfluss auf die Politik nehmen. Deshalb denkt nicht gruppenspezifisch, sondern zeigt, dass wir in Geschlossenheit und Verbundenheit

zusammenstehen, für unsere Interessen kämpfen und notfalls miteinander auf die Straße gehen. Wir lassen uns nicht trennen – jung und alt. Deshalb meine Bitte: Zeigt euch auch im Ruhestand – den ihr nicht als Restlebenszeit ansehen dürft, sondern als einen neuen Lebensabschnitt – solidarisch mit den Jungen und bleibt Mitglied in eurer GdP. Und ihr werdet sehen, dass es auch wieder Platz für Ältere in unserer Gesellschaft gibt!

Günter Klinger, LSV-Bayern

Abschied

Hans Wederka, ehemals Landesseniorenvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern (MV) hat sich auf der Landesseniorenkonferenz nicht erneut zur Wahl gestellt. Der Bundesseniorenvorstand hat ihn in seiner letzten Sitzung verabschiedet. Der Landesvorsitzende der GdP MV, Michael Silkeit, hatte auf der Konferenz gesagt. „Lieber Hans, durch Dich wurde die Seniorenarbeit bei uns nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ auf ein sehr hohes Niveau gehoben. Das, was Du geleistet hast, ist phantastisch. Mit Deinem persönlichen Engagement, hast Du die Organisation gestärkt“.

Hans war von 2005 bis 2008 Vorsitzender der Seniorengruppe Kreisgruppe Rostock und brachte in dieser Zeit wieder Leben in die Gruppe. Im März 2007 wurde er zum Landeseniorenvorsitzenden gewählt.

Es war für Hans ein Herzensanliegen, die Kontakte zu den Senioren in Polen zu pflegen. Dort scheidet die Polizeibeschäftigten mit dem Ende der Dienstzeit auch aus der Gewerkschaft aus. Einen innergewerkschaftlichen Bereich Senioren, wie bei uns, gibt es nicht.

Neben seinem Amt als Landesseniorenvorsitzender war Hans Wederka auch Vor-

sitzender des Landesverbandes der Angler in Mecklenburg-Vorpommern. Folgerichtig bekam er vom Landesvorsitzenden Michael Silkeit eine Angel geschenkt.

Hans Wederka scheidet aus familiären Gründen aus dem Amt. Der Bundesseniorenvorstand bedankte sich mit herzlichem Applaus und einem Präsent und wünschte ihm alles Gute für seine Zukunft.

Bernd Voss ist der Nachfolger von Hans



Abschied von Hans Wederka (r.) – links Hugo Müller, im Geschäftsführenden Bundesvorstand zuständig für die Seniorengruppe (Bund), und Anton Wiemers, Bundesseniorenvorsitzender Foto: S. Oeffner-Pohl

Wederka. In der Bundesseniorenvorstandssitzung hat er sich vorgestellt. Seit 1974 bei der Polizei, hat er nach der Wende mit Bremer Kollegen die GdP in Rostock aufgebaut, 12 Jahre war er Vorsitzender des Bezirkspersonalrates und 16 Jahre bis zu seiner Pensionierung im vergangenen Jahr Kreisgruppenvorsitzender. Die neue Aufgabe geht er mit Schwung an.

Anton Wiemers, Bundesseniorenvorsitzender

